

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Alltag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbeilage“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abdr.: Zeitung.

Anzeigen werden die schlagzeilspaltene 3mm hohe [Zeile] Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechend Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmehonorar für Offerten und Ankündigungen beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg a

Nr. 134

Dienstag, den 7. November 1933

26. Jahrgang.

Heines widerlegt Braunbuch-Lüge

Taneff und Popoff durch Zeugenaussagen schwer belastet

Der Prozeß im Reichstag

Göring über das kommunistische Verbrechen

Aus Anlaß der Zeugenvernehmung des preussischen Ministerpräsidenten Göring ist die Kontrolle für den Zutritt zum Reichstagsgebäude erheblich verschärft worden. Die ganze Umgebung des Reichstagsgebäudes ist mit starken Polizeiposten besetzt. Trotzdem ist der Andrang zur Verhandlung außerordentlich stark. Der Zuschauerraum hat sogar noch eine Erweiterung erfahren.

Ungeachtet der Bedeutung der Aussage des Ministerpräsidenten für alle Prozeßbeteiligten ist der Angeklagte Dimitroff, der für drei Tage ausgeschlossen worden war, ausnahmsweise für diese Verhandlung wieder zugelassen worden.

Ministerpräsident Göring

„Ich, a. a. S. Herr Präsident, Sie sagten vorhin, daß ich als Zeuge geladen wäre, um mich zu äußern gegenüber den Behauptungen und Behauptungen des Braunbuchs, die über meine Person aufgestellt worden sind, zu rechtfertigen.“

Ich persönlich möchte aber betonen, daß ich nicht den geringsten Wert darauf gelegt hätte, die Anwürfe zurückzuweisen, die im Braunbuch gegen mich erhoben sind. Sie sind derart grotesk, daß ich es fast für überflüssig halte, die Einzelheiten darüber vor dem Gericht noch darzulegen. Ich bin auch in der glücklichen Lage zu wissen, wie dieses Braunbuch entstanden ist. Ich weiß durch meine Vertrauensmänner, daß jeder rote Strolch, der etwas Geld brauchte, in jenen Tagen eine verhältnismäßig lukrative Beschäftigung damit fand, wenn er irgendwelche Behauptungen über Brand oder über den Reichstagsbrand, die mich als den Verbrecher darstellten, im Ausland zu Papier bringen konnte. Wir wissen weiter, daß

logar direkte Werbebüros in Deutschland

institutionierten, daß Werber herumgingen in den Spelunken der Unterwelt, um die „herorragenden Zeugen“ zusammenzufinden, die dann in der geradezu grotesken Behandlung dieses Falles in London als „seriöse Zeugen“ aufgetreten sind. Ich muß es deshalb zurückweisen, mich zu rechtfertigen gegenüber Aussagen dieses Geinelds.

Der Vernichtungskampf gegen Kommunismus

Der Reichstagsbrand kam für mich ebenso überraschend wie für jeden anderen anständigen denkenden Menschen. Wenn mir selbst auch gewiß den Parlamentarismus bekämpfen und diesen Kampf jahrelang geführt haben, so hatten wir ihn doch vom Jahre 1924 ab in durchaus legaler Weise durchgeführt und niemals in Abrede gestellt, daß auch der nationalsozialistische Staat durchaus Wert darauf lege, ein Gremium zu besitzen, das aus dem Volke selbst heraus und durch das Volk gewählt, die Regierung zu beraten habe. Es war also nicht zu ihm symbolhaft notwendig, zu zeigen, daß wir nun den parlamentarischen Staat vernichtet hatten, indem wir nun auch das äußere Haus noch vernichteten. Es war auch keinesfalls notwendig, daß ich nun den Reichstag in Flammen aufgehen lassen mußte, um die Unschuldslämmer von Kommunisten irgendwie belassen zu können, um gegen sie vorzugehen.

Als ich am 30. Januar von unserem Führer berufen wurde, zunächst als wichtigstes das preussische Innenministerium zu übernehmen, da war mir die Aufgabe klar gestellt. Er hat an meine Energie appelliert, den Kommunismus zu vernichten, mit allen Mitteln. Denn der Kampf ging nach unserer Auffassung in den letzten Jahren überhaupt nicht mehr zwischen der nationalsozialistischen Bewegung und dem Novemberverrat sondern ausschließlich zwischen zwei Weltanschauungen. Das war die Weltanschauung des Aufstieges, des Nationalsozialismus, und die Weltanschauung der Zerstörung, die Weltanschauung des Kommunismus. Jeder einzelne Führer bis zum letzten Mann war erfüllt von diesem einen großen Problem. Das war für uns die Voraussetzung jeder Arbeit, daß der Kommunismus vollständig zerstört werden mußte.

Das Verdienst der braunen Kämpfer

Ich möchte der Auffassung entgegenstellen, als ob wir nun erst am 30. Januar auf den Gedanken gekommen wären, den Bolschewismus zu bekämpfen. Wir stehen schon seit einem Jahrzehnt ununterbrochen in diesem Kampf. Ich kenne die Sache, gewissermaßen, nicht etwa der Staat des 9. November, die den Kommunismus nicht zur Macht kommen ließ. Sonst läßen Sie, meine Herren Richter, nicht hier. Sonst wären wir alle nicht hier, denn ich bilde mir nicht ein, daß das Revolutionstribunal des Herrn Dimitroff mit uns so verfahren wäre, wie hier das höchste deutsche Gericht verfährt.

Der kommunistische Terror

Schon vor der Machtergreifung, aber schlagartig mit dem Tage der Machtergreifung, der Terrorakte der KPD ein, die mit Uniformen und Ausweisen unserer Leute ausgeführt wurden. Das hat später zu jenem hier faden geführt, wonach solche Dinge mit dem Tode bestraft werden.

terroß ausgeführt haben, sind zum Teil dieselben Terrorakte, die sie im Braunbuch dann als nationalsozialistische Dokumente bekanntgaben. Der größte Teil der dort genannten Terrorakte ist von kommunistischen Spiegeln durchgeführt worden. Wir haben damals einen ganzen Haufen mit solchen Ausweisen abführen können. Die Aktion dieser Terrorgruppen war ja nicht unbedeutend, besonders die Angriffe, die diese Gruppen zum Teil auf Ausländer ausgeführt haben.

Zerlegungsversuche der roten Spindel

Ich will nicht sagen, daß es sich um aktive Mitglieder des Rotfrontkämpferbundes handelte, die sich nun in falsche Uniformen mit falschen Ausweisen flecten; nein, diese Terrorgruppen sind auch dadurch zustande gekommen, daß die Leute von langer Hand bewußt ihre Spindel in unsere Reihen gesteckt haben, die nun wochen- und monatelang Dienst in der SA. taten.

Im Rahmen dieses Gedankenganges lag nun — und das war vielleicht noch gefährlicher — auch jener gefährliche SA.-Beißer über den Aufruf am 5. und 6. Hierbei ging dieser Gedankengang dahin, sofort eine Spaltung und Zerlegung in der gesamten nationalen Konzentration herbeizuführen.

Diese gefährlichen Befehle wurden deshalb in der Hauptsache auch dem Herrn Reichspräsidenten zugesandt, mit der lebenswichtigen Randbemerkung, daß dann offenbar er selbst beteiligt werden sollte, sie wurden Hugenberg und dem Stahlhelm zugesandt, der Reichswehr usw. Ja, sie wurden sogar unvorstellbarer Weise mir selbst zugesandt, mit dem Bemerkung, daß die SA. jetzt vollständig die ganze Zeitung übernehmen wolle, auch die Polizei und das Innenministerium zu beilegen wünsche. Es ist selbstverständlich, daß diese Befehle zum Teil sehr ungeschickt angefertigt waren, zum Teil waren sie aber auch ganz geschickt gehalten. Jedenfalls waren sie ein wichtiger Bestandteil in der Vorbereitung des beachtlichen Aufstandes, denn sie sollten in erster Linie dazu beitragen, den größten Wierwarr in die noch bestehende Konzentration der nationalen Kräfte hineinzubringen. Wenn man die einzelnen Maßnahmen für sich betrachtet, mögen Zweifel aufsteigen, ob eine solche Sache wirklich in den Rahmen „Aufstand und Bürgerkrieg“ paßt. Aber es handelt sich hier um ein Molai, in dem viele hunderte und tausende Steingehen, wenn man sie richtig zusammenstellt, plötzlich blickartig das richtige Bild ergeben.

Nun das nächste Molai! Damals bestand noch nach der alten Organisation die sogenannte waffentechnische Vertriebsabteilung der Polizei. Dort befanden sich einmal alle schweren Waffen der Polizei für den Straßenkampf, die es gestattet waren, die Panzerwagen, die schweren Maschinengewehre usw.

Hier taucht nun plötzlich ein Befehl auf, daß am 30. und 31. vierten abends um 10 und 10 Uhr die Panzerwagen, die Kraftwagen mit den Maschinengewehren den SA.-Leuten von der Untergruppe und dem Sturm 30 und 30 zu übergeben wären. Wer diese SA.-Leute gewesen sind, brauche ich nicht weiter zu erläutern. Sie haben zu früh den Braut geordnet und sind nicht erschienen. Sonst hätten wir die Spindel damals gefaßt.

Auch dieser Stein gehört in dem Molai an eine bestimmte Stelle; und die heißt wieder:

Bewaffneter Aufstand,

der vorgesehen war. Dazu hat man sich auch in den Besitz der Mittel der Polizei setzen wollen. Dann wurden schließlich Angriffspunkte und Verteidigungspunkte mit den verschiedenen anderen Spiegeln gegen den falschhüßigen Staat abgeschlossen. Wurde bisher nicht von Einheitsfront geredet, nun war sie da! Die Kommunisten lachten mit den Sozialdemokraten zusammenzukommen und der vielgeschätzte Herr Löbe versuchte von Seiten der Sozialdemokraten, das Ding zu arrangieren. Wenn die Sozialdemokratie dabei war, so war das allerdings nicht so ernst zu nehmen. (Heiterkeit.)

Ein Blutbad war geplant

Wichtiger war schon der nächste Stein, die Brüder-Sprengkolonnen, die Anweisungen zur Sprengung von Brücken und zu einer ganzen Anzahl von anderen Dingen. Es waren Pläne da, die führenden Persönlichkeiten sofort durch Verberfall in Haft zu nehmen. Sie sollten niedergebroschen bzw. als Geiseln gehalten werden. Auch die Gistmordversuche in Gemeindefestungen der SA. und des Stahlhelms sind nicht etwa Erzählungen der Königin von Navarra, sondern das sind alles Tatsachen.

Nun kann gefragt werden, warum ich denn nicht am 1. Februar die KPD. schlankweg verbot. Das wäre ohne weiteres gegangen von einer bürgerlichen Regierung. Ich sage keine Geheimnisse, wenn ich feststelle, daß Minister Hugenberg sofort am ersten Tage leidendhaft das Verbot gefordert hat und daß der Führer und wir nationalsozialistischen Minister uns ebenfalls leidendhaft dagegen gestemmt haben. Wir gingen von zwei Gesichtspunkten aus: wir waren auch einmal verboten und kennen den Kummel, wie sich dann eine Partei laßt. Solange sie an sich noch da ist, aber erst in die Zange genommen wird, tritt nicht die letzte Tarnung ein. Ich will unter Eid besonders betonen, daß die bürgerlichen Minister das Verbot der Partei vorschlugen und

zweckmäßig war. Wir wollten auch eine Wahl machen und vor das Volk treten und hatten kein Interesse daran, daß die Kommunisten etwa nun bei der Sozialdemokratie unleschlich oder plötzlich trotz aller freibewertigen Bedenken Zentrumswähler geworden wären. Das haben sie ja nachher alles gemacht, und selbst im Stahlhelm und bei den Gründern der Deutschnationalen tauchen sie auf. Wir wollten nicht das Verbot, sondern die Partei total vernichten. Dieser Kampf geht ununterbrochen weiter, bis er endlich beendet ist.

„Der Brand hörte meine Pläne“

Ich bedauere es, das erkläre ich hier vor der ganzen Welt, daß den Reichstagsbrand eine gewisse kommunistische Führung sich vor den Folgen gestellt hat. Es war meine feste Absicht, im ersten Moment der von mir mit Sicherheit nach der Kaffierung der Mandate erwarteten Aufstandshandlung die kommunistische Führung zu zerstreuen. Das war mein Plan, den wollte ich durchführen, um in dem Moment, der mir gepaßt hätte, zuzuschlagen. Insofern paßte mir also der Reichstagsbrand ganz und gar nicht. Erst sollte die Wahl kommen, um festzustellen, wo die kommunistischen Mitläufer sind. Mit der Schutzpolizei, mit der SA. und SS., mit allen zusammen wäre dann die kommunistische Partei nicht nur zum Segen Deutschlands sondern auch zum Segen des ganzen Abendlandes ganz anders erledigt worden, als es jetzt der Fall ist. Der Kampf muß jetzt anders durchgeführt werden, aber er wird auch jetzt absolut durchgeführt bis zur Entscheidung. Der Reichstagsbrand war also eine Störung meines ursprünglich wunderlich angelegten Planes.

Wie kam aber nun die kommunistische Partei dazu, den Reichstag anzuzünden?

Agitieren konnte sie nicht. Irgendwie mußte sie doch bei dieser Reichstagswahl beweisen, daß sie überhaupt noch da war. Von diesem Gesichtspunkt aus war es folgerichtig, war es geradezu ein Zwang für sie, in diesem vollkommenen Wierwarr irgend etwas zu machen, das wie ein Signal hinausleuchtete, um die von den Kommunisten vergiftete Arbeiterschaft darauf hinzuweisen, daß die kommunistische Führung im Kampf stehe, auch wenn sie kein Mandat bekommen würde. Das war für die kommunistische Führung eine absolute Notwendigkeit.

Die Tat des Reichstagsbrandes hat mich vollkommen überrascht. In jenen Wochen bin ich meistens um 11 Uhr von meiner Wohnung in das preussische Innenministerium gegangen. Ich habe in den ersten fünf bis sechs Wochen ohne Unterbrechung im Innenministerium geblieben bis nachts 2 bis 3 Uhr. So lag ich auch an jenem 27. Februar dort. Mitte in der Arbeit, es mochte 9 Uhr gewesen sein, kam die Nachricht, daß der Reichstag brennt. In diesem Augenblick bin ich überhaupt nicht auf die Idee gekommen, daß er angezündet worden sei. Ich ließ den Wagen vorfahren und begab mich zum Reichstag.

Beim Hereingehen wurde ich schon in der Garderobe auf einen Brandherd aufmerksam gemacht. Der Plenarsaal stand in Flammen, aber es war noch im ersten Moment zu erkennen, daß hier verschiedene Brandherde waren. Zweitens war zu sehen, daß es sich um eine ganz große Brandstiftung handelte. Ich ging in mein Zimmer und traf dort den Herrn Reichsfängler mit Herrn v. Papen. Er hatte genau das gleiche Empfinden wie ich.

Durch den unterirdischen Gang entkommen

Ich hörte dann, daß Lubbe festgenommen war und auf der Wache lag. Im ersten Moment dachte ich, daß man ihn sofort an einen Galgen hängen mußte. Ich wollte das Janal der Kommunisten sofort mit einer Demonstration beantworten, die den Kommunisten deutlich sagte, wie ich den Kampf zu führen gedachte. Ich hatte vor, Lubbe in der Nacht sofort aufzuhängen. Wenn ich es nicht getan habe, so aus dem Grunde, weil ich mir sagte, wir haben nur einen, aber es muß eine ganze Schar gewesen sein, vielleicht brauche ich den Mann noch als Zeugen. Das war der einzige Grund, der mich abhielt, durch einen schnellen Akt der Welt zu zeigen, daß wir entschlossen sind, es uns nicht gefallen zu lassen, wenn der Kommunismus unsere Einrichtungen zerstören will.

Ich hörte dann, daß der Brandstifter ein Ausländer sei, und als ich das Kontor dieses Burden sah, mußte ich sofort, warum nur dieser Mann gefaßt worden ist. Die anderen haben sich ausgelacht, die wußten, wo sie hin mußten. Der Ausländer hat den Ausgang nicht gekannt. Er wollte irgendwo heraus und fand vor Schreck keine Tür. Die anderen sind längst entküpft, ich weiß auch wo. Meiner Ueberzeugung nach haben sie den unterirdischen Gang benutzt. Der führt nicht bei mir heraus, sondern hinten zum Maschinenhaus. Es ist eine Leichtigkeit, von dort über die Mauer zum Spreuer zu kommen.

Wir setzten den ganzen Polizeiparapparat ein. Weil er nicht ausreichte, legte ich selbstverständlich auch den Apparat der SA. und SS. ein. Ohne den dankenswerten Einsatz unserer SA. und SS. wäre überhaupt der vollständige Erfolg, in einer Nacht fünfzehnhundert Führer hinter Schloß und Riegel zu bringen, gar nicht denkbar gewesen. Die

Wenn das Gericht hier die Aufgabe hat, die Schuldigen bei diesem Akt festzustellen, so ist es meine Aufgabe, die Schuldigen und Drahtzieher an der ganzen lurchbaren Verhinderung unseres Volkes festzustellen. Mag der Prozess ausgehen wie er will, die Schuldigen werde ich finden und werde sie ihrer Strafe zuführen.

Der Selbstmord Oberhofers

Es beginnt nun die Fragestellung. Auf eine Frage des Oberreichsanwaltes zum Oberhofen-Memorandum erklärte Ministerpräsident Göring, dass Oberhofen-Memorandum ist selbstverständlich gefälscht. Aber es muß klipp und klar die Wahrheit des Oberhofenschen Selbstmordes festgestellt werden. In keiner Weise hat er mit dem Reichstagsbrand zu tun.

Minister Hugenberg führte die Deutschnationale Partei sehr stark selbständig nach dem Führerprinzip. Sein Fraktionsführer Oberhofen gab ihm wohl in der Öffentlichkeit recht und stellt sich an seine Seite. Aber hinter dem Rücken kämpfte er auf das härteste gegen seinen eigenen Führer. Die Herren werden sich vielleicht erinnern, wie vor mehr als Jahresfrist logenante Briefe an alle Führer der Wirtschaft, an führende Persönlichkeiten der Deutschnationalen Partei und anderer Parteien herumgeschickt wurden, Briefe, die Hugenberg sehr stark angriffen, sachlich und persönlich, die ihn schamlos belästigten.

Bei der Hausdurchsuchung in dem Berliner Büro Oberhofers fand man die Klischees zu den anonymen Briefen gegen seinen Führer. Man erinnert sich noch, daß Oberhofen aus Krankheitsrücksichten plötzlich seinen Posten niedlegte. Er mußte ihn niederlegen, ein Zeugnis gab es nicht, er war entlarvt, und aus dieser Tatsache heraus hat er sich schließlich erschossen.

Unhörte Fremheiten Dimitroffs

Dimitroff treibt dann ganz offensichtlich bolschewistische Propaganda.

In steigender Erregung erklärt Göring unter lebhaftem Beifall: „Sie sind in meinen Augen ein Gauner, der direkt an den Galgen gehört.“ Alle Bemerkungen des Präsidenten, Dimitroff zur Sachlichkeit selbst dann fort, als ihm der Präsident das Wort entzieht. Als er den Gipfel der Frechheit erklimmt, indem er dem Ministerpräsidenten zuruft: „Sie haben wohl Angst vor meinen Fragen, Herr Ministerpräsident?“, wird er aus dem Saal gewiesen.

Als erster Zeuge erscheint in der Montagigung auf der Zeugenliste Polizeipräsident Heines aus Breslau, aus dem Reichstag zurückgekehrt ist und nun noch nachträglich zu den im Braunschweig gegen ihn erhobenen Vorwürfen aussagt. Die Angeklagten des Hotels „Haus Oberhofen“ in Gleiwitz hatten bereits als Zeugen befunden, daß Heines zur Zeit des Reichstagsbrandes in Gleiwitz gewesen hat. Der Angeklagte Dimitroff ist für die Sitzung noch ausgeschlossen.

Polizeipräsident Heines

erklärt u. a.: Was in dem Braunschweig über mich behauptet wird, find nichts anderes als unglaubliche Lügen. Ich glaube, durch die vorher vernommenen Zeugen aus Gleiwitz ist schon nachgewiesen worden, daß ich am 27. Februar in Gleiwitz war. Ich war schon am Sonntagabend in Gleiwitz und habe dort abends eine Parade abgenommen. Die Berichte und Photographien davon sind in der „Gleiwitzer Zeitung“ veröffentlicht worden, die ich hier mitgebracht habe. Am nächsten Morgen hatte ich einen großen Aufmarsch abzunehmen. Ich war den ganzen Tag über, auch am Sonntag und am Montag in Gleiwitz. Am Montag, den 27. Februar, abends 8 Uhr, habe ich in einer Verammlung in der „Neuen Welt“ in Gleiwitz gesprochen. Ich bin erst am 28. Februar aus Gleiwitz abgegangen.

Dom Reichstagsbrand erzählt ich in Gleiwitz nach meiner Vernehmung am 27. Februar nachts.

Die Langmut des Gerichts

Der Zeuge erklärt dann: Ich fühle mich hier auch als Vertreter der SA, und deshalb will ich das auch sagen, daß die SA kaum mehr versteht — und das muß auch einmal gegenüber dem Auslande zum Ausdruck gebracht werden —, mit welchem Langmut die Angeklagten hier behandelt werden.

Der Vorsitzende unterbricht den Zeugen und erklärt, daß dies nicht hierher gehöre. Der Prozess ziehe sich im wesentlichen deshalb in die Länge, weil sehr viele Fragen gestellt werden. Es komme hinzu, daß die ganze Angelegenheit mit Ausdehnung werde auf die Frage, inwieweit der Kommunismus überhaupt Schuld sei an derartigen Verbrechen. Das erfordert selbstverständlich eine gründliche, weitgehende Erörterung. Wenn es sich nur um van der Lubbe gehandelt hätte, wäre es schneller gegangen.

Torgler als Heher

Zeuge Heines: Es ist im Prozess mehrmals gesagt worden, daß Torgler konstant sei. Ich muß schon sagen, daß ich Torgler auch oft in anderer Weise kennengelernt habe. Torgler ist der Zyniker, dem ich absolut die Teilnahme an dieser Brandstiftung ohne weiteres zutraue. Er hat wohl manchmal bessere Formen als andere Kommunisten, aber in Wirklichkeit war er immer der, der die Hege anführte. Wenn irgend etwas war, sah man Torgler immer, wie er die anderen vorwärts trieb. Er war nicht derjenige, der geschrien hat, sondern der hinten stand und antrieb.

Vorsitzender: Von welchem Tag ab waren Sie in Gleiwitz? Zeuge: Von Sonntagabend bis Dienstag oder Mittwoch. Vorsitzender: In der Zeit sind Sie nicht in Berlin gewesen? Zeuge: Nein, auch nicht außerhalb von Gleiwitz.

Vorsitzender: Also Sie nehmen auf Ihren Eid, daß Sie in dieser Zeit ständig in Gleiwitz gewesen sind und daß Sie an dem Gegenstand der Anklage nicht beteiligt sind? Zeuge: Das kann ich unter meinem Eid sagen, daß alles, was über meine Person im Braunschweig steht, gemeine Lüge ist. Ich habe mit dem Reichstagsbrand in keiner Weise irgend etwas zu tun.

Reichsanwalt Parzilius: Wann haben Sie Oberleutnant Schulz zum letzten Male gesehen? Zeuge: Ich glaube bei der letzten Reichstagsstagung Ende 1932.

Angeklagter Torgler wendet sich gegen die Bemerkung des Polizeipräsidenten Heines, er, Torgler, sei der Heher gewesen, und erklärt, gerade er habe zu wiederholten Malen verhindert, daß es zu irgendwelchen Brüllgeizen im Reichstag gekommen ist. Bei dem letzten Zusammenstoß am 6. Dezember hinter dem Präsidentenstuhl sei er hingekammt und habe versucht, eine Prügelei zu verhindern. Zeuge Heines: Ihre Rolle war nicht so zurückhaltend. Sie war nach meiner Meinung absolut so, daß Torgler mitten dabei war und keineswegs beschwichtigte, sondern absolut bei denen war, die die Schlägerei inszeniert hatten.

Tanell war im Karl-Liebknecht-Haus

Als Belastungszeuge gegen Tanell wird dann der Kaufmann Bannert vernommen. Er bekundet, daß er früher Mitglied der KPD, und bis zum November 1928 bei der Partei tätig gewesen sei und dort in der Zeit vom Oktober 1927 bis Oktober 1928 wiederholt Tanell gesehen habe. Auf eine Frage des Oberreichsanwaltes erklärt der Zeuge es für möglich, daß Tanell damals seinen ständigen Wohnsitz nicht in Berlin hatte, sondern vielleicht immer dann aus Deutschland oder einem anderen Lande, vielleicht auch aus Russland, nach Berlin kam, wenn eine Besprechung notwendig war.

Auch im Karl-Liebknecht-Haus habe er Tanell wiederholt im Gespräch mit dem Funktionär Kragert gesehen. Er könne es deswegen mit Bestimmtheit behaupten, weil ihm Tanell damals durch seine eigenartige Gesichtsbildung aufgefallen sei. Er habe eine etwas hängende Nase und ergefallen sei. Die Herren werden sich vielleicht erinnern, wie vor mehr als Jahresfrist logenante Briefe an alle Führer der Wirtschaft, an führende Persönlichkeiten der Deutschnationalen Partei und anderer Parteien herumgeschickt wurden, Briefe, die Hugenberg sehr stark angriffen, sachlich und persönlich, die ihn schamlos belästigten.

Auf eine Frage des Vorsitzenden gibt der Zeuge Bannert an, daß er 1924 vom Staatsgerichtshof wegen Beihilfe zum Hochverrat verurteilt worden sei. Es habe sich damals um ein Wasserlager gehandelt. Die Strafe sei aber durch die Amnestie gelöst worden.

Die drei Bulgaren wurden schon früher gesehen

Auf Fragen von Rechtsanwalt Dr. Teichert erklärt der Zeuge, er selbst habe mit Tanell nicht gesprochen, aber nach seinen Beobachtungen habe sich Tanell mit Kragert gebrochen unterhalten. Rechtsanwalt Dr. Teichert: Tanell versteht aber noch heute kein Wort deutsch. Der bulgarische Dolmetscher bestätigt das. Der Angeklagte Tanell bleibt bei seiner schon oft abgegebenen Erklärung, daß er zum ersten Male am 24. Februar 1933 nach Deutschland gekommen sei.

Der Zeuge Kragert war zehn Jahre lang Mitglied der KPD, und als technischer Angestellter im Karl-Liebknecht-Haus und auch in der Nachrichtenabteilung beschäftigt. Er ist 1931 aus der Partei ausgetreten wegen verschiedener Differenzen. Auf Grund der Bilder hat er gesagt, daß er Popoff und Dimitroff schon einmal gesehen haben müsse und daß er auch mit Tanell wiederholt zu tun gehabt haben müsse. Er erinnere sich aber nicht mehr wann und wo. Es komme die Zeit zwischen 1927 und 1929 in Frage. Es sei möglich, daß er mit Tanell auch gesprochen habe. Er hielt ihn für einen Russen. Deutsch sprach er wohl nicht, vielleicht ein paar Worte.

Angeklagter Torgler: Hatten Sie den Eindruck, daß es der Partei Ernst war mit der Bekämpfung jeder terroristischen Einstellung? Der Zeuge bejaht dies. Torgler: Sind nicht organisatorische Maßnahmen gegen solche Personen oder Gruppen getroffen worden? Zeuge: Sie wurden immer getroffen, aber die Unterfunktionäre haben sie nicht immer so durchgeführt, wie sie durchgeführt werden mußten. Oberreichsanwalt: Sie sagten, die Partei habe sich wohl gegen solche Sachen gewandt, aber Unterorganisationen wie die Rote Hilfe hätten trotzdem Unterführungen gewährt. Ist Ihnen bekannt, daß andere Unterorganisationen nach wie vor auf Gewaltmaßnahmen hingearbeitet haben? Zeuge: Das ist richtig. Oberreichsanwalt: Ist Ihnen bekannt, daß die Parole „Schlagt die Faschisten“ im Rostromkämpferbund und in den Flugblättern der Parteiorientierten immer wiederholt worden ist. Zeuge: Mir ist bekannt, daß diese Parole von Ruff früher ausgegeben worden ist, die ausgeschlossen wurde. Oberreichsanwalt: Auch in den letzten Jahren ist diese Parole in den Flugblättern noch erschienen. Zeuge: Das ist allerdings bekämpft worden. Es war ein Erbißel des ebenfalligen Rostromkämpferbundes, daß die Mitglieder dieses Bundes mit der Parteilichkeit vielfach nicht einverstanden waren.

Popoff weiter befragt

Als nächster Zeuge wird der Steuerberater Jung vernommen. Der Vorsitzende teilt ihm mit, daß zwei russische Zeuginnen befunden haben, Popoff habe sich von Mitte Mai bis Ende Oktober in Russland aufgehalten.

Der Zeuge erklärt, er müsse dennoch bei seiner schon vor dem Untersuchungsrichter unter Eid gemachten Bekundung bleiben, daß er Popoff mindestens dreißig bis vierzig Mal als Besucher der Wohnung des Kommunistenführers Kämpfer in der Steinfir Straße gesehen habe. Er selbst könne nicht sagen, ob er Popoff auch in der Wohnung gesehen habe, wie von Mülle oder Ende Mai bis Mitte oder Ende Juli Popoff mit einer großen Affektualität sehr oft vormittags aus der Kämpferischen Wohnung weggegangen und abends wiedergekommen sei. Dann sei Popoff längere Zeit verschwunden gewesen und erst im Oktober und November ein paarmal wieder zu Kämpfer gekommen.

Kämpfer sei immer die treibende Kraft bei den kommunistischen Zusammenrottungen im Norden Berlins gewesen, aber er habe sich selbst bei solchen Zusammenstößen im Hintergrund gehalten. Bei Kämpfer seien auch einmal zwei Kisten abgegeben worden, die nach ihrer Form und ihrem Gewicht darauf schließen ließen, daß sie Maschinengewehre enthielten.

Auf die Frage des Vorsitzenden, woran der Zeuge Popoff wiedererkennt, gibt der Zeuge Jung ganz bestimmte Merkmale in der Gesichtsbildung des Angeklagten an. Er habe bei der Gegenüberstellung mit den drei Bulgaren sofort Popoff als den Mann erkannt, der immer zu Kämpfer kam. Der Angeklagte Popoff erklärt, er betone nochmals, daß er 1932 in Moskau gelebt habe. Dr. Teichert: Kämpfer kommt doch noch als Zeuge? Vorsitzender: Leider nicht, er ist städtig geworden. Er war schon auf dem letzten Terminzettel genannt, ist aber seit dem 30. September verschwunden. Zeuge: Seit heute ist auch seine Frau verschwunden.

Auf verschiedene Vorhalte bleibt der Zeuge dabei, daß es sich bei dem Besucher Kämpfers um Popoff gehandelt habe. Ein Irrtum sei vollkommen ausgeschlossen.

Die Ehefrau des Zeugen Jung bestätigt dann als Zeugin im wesentlichen die von ihrem Manne gemachten Bekundungen. Sie sagt, sie sei sehr davon überzeugt, daß der jetzige Angeklagte Popoff der Mann sei, der ihr damals wegen seines ausländischen Typs aufgefallen sei. Sie habe diesen Mann genau und oft beobachtet. Einmal habe sie auch mit ihm ein Telefonat gehabt. Aus ihrem Fenster habe sie hindurchgesehen, daß der Angeklagte, daß der Mann an einem Tisch mit Papier arbeitete. Sie habe auch Maschinenklappen und Surren gehört, so daß sie annahm, daß dort Flugdriften vertrießelt werden. Rechtsanwalt Dr. Teichert: Haben Sie Ihre Beobachtungen mit dem bloßen Auge gemacht. — Nein, mit dem Feldstecher.

Rechtsanwalt Dr. Teichert teilt mit, daß zwei russische Zeuginnen eingetroffen sind. Sie sollen in der Diensttagung vernommen werden.

Die nächste Zeugin, Frau Büttner, ist die Schwester von Frau Jung und wohnt ebenfalls in der Steinfir Straße, der Kämpferischen Wohnung gegenüber. Sie hat an, sie habe Popoff im Sommer 1932 drei oder vier Mal auf der Straße, aber auch durch die Fenster in der Kämpferischen Wohnung gesehen. Sie habe nach dem Bild und der Gegenüberstellung vor dem Untersuchungsrichter Popoff bestimmt wiedererkannt. Eine Täuschung in der Sache halte sie für ganz ausgeschlossen.

Terrorgruppen von der Partei gebildet

Der nächste Zeuge, der Maschinenbauer Hermann Waser, bekundet ebenfalls, daß Popoff bei Kämpfer mehrere Monate, vom Mai bis August oder September 1932, regelmäßig verkehrt habe. Kämpfer habe er bei verschiedenen Demonstrationen gesehen, wie er von hinten die Leute feuerte, gegen die Nationalsozialisten vorgegangen.

Meines Wissens waren Terrorgruppen von der Partei gebildet. Oberreichsanwalt: Haben Sie dafür Originalpapiere, die mir aus dem Liebknecht-Haus in den Händen gekommen waren, und die sich hundertprozentig in denen decken, die nachher im Liebknecht-Haus gefunden wurden. Ich wußte damals auch, daß die KPD, nach dem Reichstagsbrand in Alarmzustand war.

Der Buchhalter Fröhlich gehörte ebenfalls den nationalsozialistischen organisierten Anwohnern der Steinfir Straße. Auch er erklärt, er habe bei der Gegenüberstellung den Angeklagten Popoff logisch als den Mann bezeichnet, der im vorigen Sommer im Hause des Kommunisten Kämpfer ein- und ausgegangen sei.

Der Angeklagte Althaber, der Zellenwart bei der NSDAP, ist, bekundet gleichfalls als Zeuge, daß viele Ausländer bei Kämpfer verkehrten. Popoff hat er im Sommer 1932 öfter dort gesehen.

Der Zeuge Vogel erklärt, auch er habe da u. a. einen Herrn gesehen, der dem Angeklagten Popoff zum mindesten täuschend ähnlich sehe. Vorstehender: Kann das Popoff gewesen sein oder ist das ausgeschlossen. Zeuge: Ausgeschlossen ist es nicht, Herr Präsident!

Als letzte Zeugin der Sitzung wird Fräulein Quapp aus Jünna bei Zückerberg vernommen. Sie war im Sommer 1932 beschuldigt in Berlin und hat in der Junglingischen Wohnung an jenem Abend, als Frau Jung mit dem Angeklagten in die Kämpferische Wohnung hinüberliefen, hinter Frau Jung gestanden. Die Zeugin sagt aus, in der Kämpferischen Wohnung habe ein schlanker Mensch mit dunklem Haar und schmalen Gesicht an einer Maschine herumgebastelt. Vorstehender: Kann der Mann, den Sie in der Wohnung an dem Apparat sahen, der Angeklagte Popoff gewesen sein. Zeugin: Sieh Sie sich den Angeklagten einmal an! Zeugin: Bekannt kommt er mir vor, aber genau kann ich es nicht sagen. Vorstehender: Kann er es gewesen sein? Zeugin: Er kann es gewesen sein, ich kann es aber nicht genau sagen.

Die Weiterverhandlung wird auf Dienstag vertagt.

Der Höhepunkt des Wahlkampfes

Der Kanzler an die Arbeiterchaft. Betriebs- und Verkehrsruhe.

Am kommenden Freitag, den 10. November, wird der Wahlkampf um Deutschlands Ehre, Freiheit und Frieden seinen Höhepunkt durch einen unmittelbaren Appell des Kanzlers an die gesamte deutsche Arbeiterchaft erreichen. Adolf Hitler wird um 1 Uhr dieses Tages in einem großen Berliner Werk sprechen. Um zu ermöglichen, daß die gesamte werktätige Bevölkerung Deutschlands die Rede Adolf Hitlers in dem Berliner Werk mitanhört, wird von 1 bis 2 Uhr die Arbeit in allen Betrieben des Reiches, mit Ausnahme der lebenswichtigen Betriebe, ruhen.

Der Rundfunk überträgt die ganze Veranstaltung, und zwar unmittelbar um 1 Uhr das Sirenenzeichen des Berliner Werkes, das den Beginn der Kundgebung anzeigt. Alle Sirenen der Fabriken, der Schiffe, alle Alarmeinrichtungen in Deutschland werden auf dieses Zeichen hin ebenfalls ertönen.

Die Belegschaften der Werke haben sich um 1 Uhr zusammen mit ihren Arbeitgebern in den Betrieben vor den Lautsprechern versammelt, um hier die große Kundgebung mitzuerleben. Sie wird eingeleitet durch eine Ansprache des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, der einen Bericht von der schaffenden Arbeit gibt. Dann folgt die Rede Adolf Hitlers in dem Berliner Werk. Nach der Rede wird das Horst-Wessel-Lied den würdigen Abschluß geben, während die Sirenen in ganz Deutschland zum Zeichen der Wiederaufnahme der Arbeit wieder ertönen.

Mit Beginn der Kundgebung um 1 Uhr soll zugleich der gesamte Straßeverkehr in Deutschland aller Fahrzeuge und Fußgänger für eine Minute stillgelegt werden, zum Zeichen dafür, daß das Volk geschlossen hinter den Politik seines Kanzlers steht. Auch hierzu gibt das Geheul der Sirenen das Signal.

Um jedem einzelnen Deutschen die Teilnahme an der Kanzlerrede möglich zu machen, soll kein Rundfunkgerät in dieser Stunde von 1 bis 2 Uhr ruhen. In den Schulen wird die Jugend in die Aula geführt werden und hier die Rundfunksendungen mitanhören. Die Rundfunkgeräte der Privatschulen sollen aufgestellt werden, daß möglichst viele Menschen mithören können. In den Villen soll sich das gesamte Personal um den Rundfunkapparat versammeln, und in den Gasthäusern wird ebenfalls die Rundfunksendung übermittelt werden. Ganz Deutschland soll teilnehmen können an dieser einzigartigen Veranstaltung, an dieser Rede des Kanzlers unmittelbar zur Arbeiterchaft.

Während die Arbeiterchaft in der Hauptlage die Lasten des 1. Mai getragen hat, so soll es diesmal die Arbeiterchaft sein, zu der der Kanzler kommt, um zu ihr zu sprechen. Das kann durch Nachholen der Arbeit geschehen.

Flaggen heraus am 12. November!

Berlin, 6. November.

Um der Bedeutung des Abstimmungstages und der Verbundenheit von Volk und Führung nach außen sichtbar Ausdruck zu verleihen, Flaggen am 12. November die amtliden Gebäude im ganzen Reich. Die Reichsregierung fordert das deutsche Volk auf, sich dem Vorgehen der Behörden anzuschließen.

Spanenberg, den 7. November 1933.

Helfen wollen!

Wir erleben jetzt eine Zeit der äußeren und inneren Umwälzung. Bisher waren wir gewöhnt, unsere Beziehungen zu den hilfsbedürftigen Volksgenossen uns gewissermaßen selbstverständlich vorarbeiten zu lassen. Man gab nur gezwungen das, was auf dem Wege von Steuern oder Abgaben von uns gefordert wurde. Man gab vielleicht auch etwas, wenn einem Bettler ein Almosen und beruhigte man sich mit dem Gedanken, daß der Staat dafür zu sorgen hat, daß niemand umkomme. Man beruhigte also sich, daß die Volksgemeinschaft etwas zu tun hatte. Aber wir all diese Dinge mit anderen Augen an. Wir sehen, daß helfen wollen nicht ein verabreichtes Almosen, sondern eine herzengelenke Sache sein muß und sein muß, die in seinem Nächsten den hilfsbedürftigen Bruder sieht. Es ist doch wahrlich eine wunderbare Sache, daß jeder einzelne dabei tiefer in sich selbst greift als bisher und dennoch befriedigter ist, weil er weiß, daß er nach seinen Kräften beiträgt, Not und Kälte zu überwinden. Der Staat, der diesjährige Winterhilfswerkes ist ja nicht der, der die notwendigen Mittel über die schweren Wintermonate hinwegbringt, sondern dieses Winterhilfswerk hineinzuwerfen, in das große Aufbauprogramm der Regierung Adolf Hitler. Dieses große Werk würde eine Unterbrechung erfordern, wenn während der Wintersonne durch Almosen die Not überbrückt würde, um sie im kommenden Frühjahr wieder als Ganzes gesehen, der Aufbau nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführt werden. Und dazu gehört, daß die Überwindung von Not und Arbeitslosigkeit unter der Erregung erfolgt, daß jeder einzelne mit anpaßt, das große Werk der Erneuerung im Sinne Adolf Hitlers zu vollenden. Deshalb wird der 12. November auch in der Frage der Hilfswilligen eine klare Entscheidung von jedem einzelnen fordern. Wer hier seine Hilfe verweigert, verweigert sie nicht nur dem hilfsbedürftigen Volksgenossen, er verweigert sie der Volksgemeinschaft.

unfällen, bei Seuchen, Straßenunfällen, Unruhen, im Wasserrettungs- und Gebirgsdienst gewährten Hilfeleistungen mit 1 076 990 die des Vorjahres um fast 50 000. Auch die Leistungen der Rotkreuzschwestern, der Hilfs- und Kolonnenhelferinnen sind in ständiger Zunahme begriffen, wenngleich sie sich erklärlicherweise statisch schwer erfassen lassen. Von dem Umfang der tätigen Kleinarbeit gibt ein Blick auf die für den Rettungsdienst vorhandenen Einrichtungen einen Begriff: 2 869 Rettungswachen usw., 13 104 Meldestellen und Depots, 842 Krankenwagen (davon 308 eigene), 57 Rettungsboote, 34 830 Kranenträger und Fahrbahren, über 11 000 Verbandstücher und -schärpe, nahezu 1 000 Anstalten zur unentgeltlichen Verleihung von Krankenpflegeartikeln, 2316 Gaschutzgeräte. Insgesamt wurden diese Einrichtungen 461 380 mal von der Bevölkerung in Anspruch genommen. Die neue Aufgabe des Gasanitätsdienstes im zivilen Luftschutz, der enge Zusammenarbeit mit Luftschutzbehörden, Feuerwehr, Technischer Nothilfe erfordert, hat bereits zur Bildung zahlreicher Gastruppen in den Sanitätskolonnen geführt. Provinzial- und Kreisvereine vom Roten Kreuz wirken in den Luftschutzbeiträgen mit. An der Vereinsarbeit waren die nachstehend wiedergegebenen Vereinsgruppen beteiligt, deren vorjährige Anzahl und Mitgliederziffern neben den 1933 festgestellten in Klammern wiedergegeben sind: Kreis- und Kreisvereine: 289 mit 70 473 (64 742) Mitgliedern, Kreis- und Kreisvereine: 19 mit 2921 (2852) Schwestern und Hilfschwestern pp. Die Zahl der Jugendgruppen bei den Sanitätskolonnen ist von 238 i. V. auf 254 gestiegen. Die zahlenmäßig nicht zu erfassende „Jugendrotkreuz“-Bewegung in den Schulen, die das Pflichtgefühl für freiwilligen Dienst am hilfsbedürftigen Nächsten schon in der Kindesseele zu wecken und zu stärken sucht, ist in zwar langsamem, aber stetigem Fortschreiten auch im Bereich des Preussischen Landesvereins v. R. R. begriffen.

Hitlerkundgebung in Breslau

Schlesien bekennet sich begeistert zum Führer
Am Sonnabend fand die schlesische Provinzialhauptstadt im Zeichen der großen Hitlerkundgebung in der

Deutschlands Rechtsanspruch

In der ersten Bundesversammlung des Völkerbundes wurde am 14. September 1920 nachfolgende Entschliebung gefaßt:

„In der Überzeugung, daß die Aufrechterhaltung des Friedens die Herabsetzung der Rüstungen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen erfordert, die in Art. 8 der Satzung sowie in der Einleitung des Teiles der Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Neuilly niedergelegt sind, der Entwaffnung bestimmter Unterzeichnerstaaten vorzuziehen, um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen usw.“

Und wenn man uns immer wieder mit neuen Verdächtigungen kommt, dann will ich eben das letzte tun: Ich will das ganze deutsche Volk zum Zeugen aufrufen, daß das, was ich vor der Welt als Sprecher erklärte, daß das auch der Wunsch und der Wille des ganzen deutschen Volkes ist. (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Dieses unser Programm möchte ich dem ganzen deutschen Volk vorlegen und möchte wünschen, daß es an diesem 12. November seine Schwurfinger hebt und vor der ganzen Welt feierlich bekennet: wir stehen zu dem Programm, Einer für Alle und Alle für einen. (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Wenn ich heute vor Sie hintrete, dann trete ich nicht hin für mich, für eine Partei, sondern in einer schicksalsschweren Stunde und beschwöre Sie, erkennen Sie jetzt den geschichtlichen Augenblick, vergessen Sie nicht, daß diese kommende Woche entscheidend ist für die fernere deutsche Zukunft.

Ich appelliere an Sie, meine Schlesier, erinnern Sie sich der großen Vergangenheit, erinnern Sie sich der unsagbaren Opfer und vergessen Sie nicht, daß ein geschichtliches Verhängnis ein Volk um vieles, ja wenn nicht alles bringen kann, was die Vergangenheit geleistet und geopfert hat. Sorgen Sie dafür, daß dieser Tag einmal eingetragenen wird in die Geschichte unseres Volkes als ein Tag der Rettung; daß es dann heißen wird: An einem ersten November hat das deutsche Volk einst seine Ehre verloren.

Mann das Recht hier, die Aufgabe hat, die...

Paula Silber, die Ministerin für Frauenfragen im Reichsministerium des Innern und bayerische Führerin des Deutschen Frauenbundes, erläßt folgenden Aufruf:

Die Abstimmung am 12. November wird und muß der ganzen Welt die unlässliche Gleichförmigkeit von Volk und Regierung beweisen. Wir alle haben den Entschluß unseres Führers, aus dem Völkerbunde auszutreten, als befreiende Tat begrüßt. Deutschland hat den Kampf um seine elementarsten Lebensrechte aufgenommen:

Der Kampf um Frieden und Brot

Nie war ein Volk von ehrlichem Friedenswillen befreit als das deutsche, nie hat eine Regierung sich ehrlicher um Arbeit und Brot bemüht als die nationalsozialistische, nie hat ein Staatsmann einen heroischeren Kampf für sein Land geführt als Adolf Hitler.

In diesen acht Monaten hat die Regierung bewiesen, daß alle ihre Maßnahmen ausschließlich von der hohen Verantwortung der Volksgemeinschaft getragen sind. Gerade auf dem ureigensten Gebiete der Frau liegen ihre vornehmsten Hochziele: Die Erhaltung der Familie, besondere Erleichterungen für Kinderreiche, Schutz und Pflege der Mutter, ohne dabei das Recht der unverheirateten Frau auf Arbeit und Beruf irgendwie zu verneinen.

Eine tiefere Verwurzelung von Frau und Volkstum, eine größere, verantwortlichere Anerkennung und Verpflichtung wie die des nationalsozialistischen Staates zur Frau kennt kein Volk. Keine andere Weltanschauung baut den Begriff „Volk“ und „Volksgemeinschaft“ so auf der Familie auf, wie der Nationalsozialismus.

Nun soll die deutsche Frau beweisen, ob sie hineinzuwachsen ist in die große Ideenwelt ihres Staates, ob sie seinen Führer und seine Regierung, die in weitausholender Politik für sie und ihrer Kinder Zukunft als Volk gleichen Rechtes kämpfen, respektlos und uneingeschränkt bejaht, ob sie erkannt hat, daß wir ohne diese Führung dem bolschewistischen Chaos verfallen, Hunger und Elend preisgegeben wären.

Deutsche Frauen! — Wir stehen wieder an einem Wendepunkt unserer Geschichte. Es darf in diesem heroischen Kampfe der Regierung kein Mißverstehen, keine Gleichgültigkeit irgendeines Volksgenossen geben. Es darf auch keinen Frauengedanken geben, der gegenüber dem elementarsten Völkerecht auf Leben, Ehre, Arbeit und Freiheit für sich ein Einzelrecht beansprucht.

als Völkerräuber Kinder, als gleichwertige, gleichverpflichtete Volksgenossen, muß wissen, daß sie Verrat an ihrem Volke begeht, wenn sie in dieser Stunde sich nicht zu seiner Führung bekennt.

Jede einzige eurer Stimmen ist wichtig! Jede einzige deutsche Frau gehört am 12. November an die Paraden!

Es geht um die deutsche Familie, die deutsche Arbeit, die deutsche Ehre!

Für Deutschlands Zukunft und Ehre

Der Führer des Deutschen Frauenbundes und Reichsführerin der NS-Frauenenschaft, Paula Silber, hat am 12. November, der Nacht nachstehenden Aufruf an die deutschen Frauen:

Seit 15 Jahren, seit den unglücklichen Tagen der Unterwerfung des deutschen Volkes unter die entsetzlichen Bedingungen des Versailler Vertrages, ist es mit Deutschland bergab gegangen. Ein Volk, das seine Ehre preisgibt, kann sich in der Welt nicht durchsetzen. Darunter mußte auch das gesamte Wirtschaftsleben und vor allem nicht minder die kulturelle Arbeit leiden, und wir haben es erlebt, daß ein Volk ohne Ehre seinen Charakter verliert und seine Rasse an Fremde, unserem Volkstum feindliche Elemente preisgibt.

Es ist immer eine Forderung des Nationalsozialismus gewesen, und unser Führer Adolf Hitler hat es wiederholt im vergangenen Jahrzehnt und schon vorher ausgesprochen, daß die Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands die Wiederherstellung der deutschen Ehre in der Welt

und damit der deutschen Gleichberechtigung ist. Folgerichtig, wie die nationalsozialistische Innenpolitik Schritt für Schritt den Schutz und das Gerüst der Vergangenheit beseitigt und an seine Stelle Fundamente für ein neues Reich aufgebaut hat, wird nunmehr die Weltung Deutschlands in der Welt als eine Aufgabe des deutschen Volkes angesehen. Deutschland hat selbst aus jenem unglücklichen Versailler Vertrage her einen Anspruch darauf, daß es gleichberechtigt unter den Völkern der Welt leben und arbeiten kann. Dieses einzige Recht, daß der Versailler Vertrag unserem Volke gibt, ist uns vorenthalten worden.

Der Kampf unserer Regierung und unseres Volkstanzlers geht um diese Gleichberechtigung und einen ehrlichen Frieden, die beiden Grundpfeiler für den Aufbau des neuen Deutschen Reiches auf nationalsozialistischer Weltanschauung. Bedrohung des Friedens durch Millionenheere, stärker, als sie je vor dem Weltkriege in Europa gestanden haben, durch Bombenabwürfer, Giftgas, Tanks, schwere Kanonen in

darf, bringt über Deutschland, über das ganze Volk, unerhörte Unsicherheit und gefährdet damit alle Pläne.

Deutschland selbst will keinen Krieg, denn unser volkspolitischer Gesichtspunkt weichen, in dem wir den Krieg unserem Volke wieder die besten wirtschaftlichen Chancen und den Aufbau der Nation und der Rasse in der Maße gefährden.

Deutschland will allein Gleichberechtigung, Freiheit und Brot.

Es dürfte keine Forderungen geben, die unsere Rasse in solch starkem Ausmaße zu eigen machen könnten, gerade diese. Unsere Jugend soll ein neues Deutschland bauen in Opferbereitschaft, Mut und Treue und Deutschland wird sich, wenn in Europa Frieden durch seine Arbeitsamkeit und Klugheit, durch seine heiligen, zielbewussten Willen durchziehen werden, niemals aber kann das geschehen, wenn Deutschland allein, wie vielfach in vergangenen Jahrhunderten, in Gefahr ist, zum Kriegsschauplatz der anderen Nationen werden.

Jede deutsche Mutter, die ihre Kinder lieb hat, hat gegenüber ihrer Nachkommenschaft die heilige Pflicht, diesem Willen unseres Führers zu befehlen. Jede Frau, die mit ihrer mütterlichen und fräulichen Pflicht ihrem Volke und unserer Jugend dienen will, die bereit ist ihre Kräfte einzusetzen, kann nichts anderes als ihre ganze Liebe und Treue unserem Führer zuzufügung stellen.

Darum, ihr deutschen Frauen, zeigt, daß ihr mit dem deutschen Volke, mit eurem Führer verbunden seid, der Welt, daß es in Deutschland zum ersten Male in zweitausendjährigen Geschichte nach Jahren der Not, Hungers und Stählung wirklich einmal einen klaren Willen gibt und kämpft mit, indem ihr alle eure Kräfte sammelt und

am 12. November zur Wahlurne

bringt, damit ein millionenfaches innerliches und optisches „Ja“ unserem Führer dargebracht und der Welt Kenntnis gegeben werde.

In diesem Sinne ein Sieg-Heil der deutschen Nation, unserem Führer für Deutschlands Zukunft und Deutschlands Ehre unter den Völkern der Welt!